

DIE LINKE  
Bundesgeschäftsstelle

**DIE LINKE.**

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Deutscher Hanfverband

Per Mail: [juergen.neumeyer@hanfverband.de](mailto:juergen.neumeyer@hanfverband.de)

Helge Meves  
Bereich Strategie & Grundsatzfragen  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:  
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353  
Telefax: 030 2 41 10 46

[wahlpruefsteine@die-linke.de](mailto:wahlpruefsteine@die-linke.de)  
[helge.meves@die-linke.de](mailto:helge.meves@die-linke.de)  
[www.helgemeves.de](http://www.helgemeves.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 13 22 57 31  
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 22573 1  
BIC: BELADEVB33XXX

## **Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019**

Berlin, den 1. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Jürgen Neumeyer,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu.

Hochachtungsvoll und mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

*1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?*

DIE LINKE hält die repressive Drogenpolitik für gescheitert. Sie reduziert weder wirksam die Nachfrage, noch das Angebot. Jedoch folgen aus der Kriminalisierung gravierende unerwünschte Wirkungen, wie etwa die Stärkung der organisierten Kriminalität, der fehlende Jugend- und Verbraucherschutz, die oft katastrophalen Folgen des sozialen Abstiegs von Konsumierenden, die Verschwendung großer finanzieller und personeller Ressourcen in Strafverfolgung und –vollzug und die Konterkarierung eines selbstbestimmten Umgangs mit Drogen und wirkungsvoller Präventionsarbeit. Wir fordern, perspektivisch für alle Drogen eine legale und öffentlich kontrollierte Bezugsmöglichkeit zu schaffen und die freiwerdenden Ressourcen in bessere Präventions- und Hilfeangebote zu investieren.

*2. Welche europäischen Initiativen sind für Ihre Partei in der europäischen Drogenpolitik vordringlich?*

Die Ausgestaltung der Drogenpolitik liegt überwiegend bei den EU-Mitgliedstaaten bzw. wird durch die UN-Suchtstoffabkommen vorgegeben. Die EU-Institutionen haben einem progressiven Umgang mit Drogen bisher überwiegend ablehnend gegenüber gestanden. Angesichts des weltweiten Wandels in der Drogenpolitik, in dem Staaten auf verschiedenen Kontinenten eine Abkehr von der Repressionspolitik gewagt haben, sollten in Europa neue Wege ermöglicht und befördert werden. Die Europäische Drogenbeobachtungsstelle sollte beauftragt werden, vergleichend den Erfolg der verschiedenen Politikkonzepte innerhalb Europas zu evaluieren und neutral miteinander zu vergleichen.

In diesem Sinne muss die EU-Drogenstrategie neu ausgerichtet werden. Das setzt eine kritische Hinterfragung alter Denkmuster und die unideologische Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse voraus. Die EU soll in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzen. Wir fordern ein europäisches Schnellwarnsystem für Drogen, die etwa durch Streckmittel, schädliche Herstellungsrückstände oder falsche Inhaltsangaben unkalkulierbare Gesundheitsrisiken für die Konsumierenden bedeuten. Die Daten aus europäischen Drugchecking-Projekten (Inhaltsstoffanalysen illegaler Drogen), Drogenhilfeeinrichtungen und polizeilichen Sicherstellungen sollen hier zusammengetragen und öffentlich gemacht werden.

*3. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?*

DIE LINKE will Cannabis legalisieren und in einem möglichst nichtkommerziellen Modell zugänglich machen. Dafür soll der Anbau zum eigenen Bedarf erlaubt und zum Beispiel Cannabis-Clubs erlaubt werden (konkreter siehe Antwort auf Frage 10).

*4. Nach einer Umfrage von infratest dimap*

*[[https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022\\_hanfverband\\_graf.pdf](https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022_hanfverband_graf.pdf)] im Auftrag des*

*Deutschen Hanfverbandes spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für eine Entkriminalisierung von konsumbezogenen Bagatelldelikten beim Cannabis aus. Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung von Cannabis?*

Mit der von der LINKEN geforderten Legalisierung von Cannabis ist jede Kriminalisierung des Konsums und Besitzes zum eigenen Bedarf Vergangenheit. Wenn Menschen aber illegal Handel treiben, sollte das strafbar bleiben.

*5. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?*

Wie bereits geschrieben will DIE LINKE den Anbau zum eigenen Gebrauch legalisieren.

*6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?*

DIE LINKE unterstützt alle Initiativen, die das Gesundheitsrisiko durch Drogenkonsum reduzieren (harm reduction). Drug Checking kommt eine besonders wichtige Rolle zu. Es verringert die Gefahr, dass Konsumierende durch Streckmittel oder Verunreinigungen zu Schaden kommen. Es dient aber auch dazu, eine wirkungsvolle Marktbeobachtung aufzubauen, um Konsumwarnungen aussprechen zu können und drogenpolitisch sinnvoll agieren zu können. Nicht zuletzt eröffnet Drug Checking Konsumentengruppen für Präventionsarbeit, die bislang kaum erreichbar waren. Wir freuen uns sehr, dass im Land Berlin auf Betreiben der LINKEN nun erstmals seit Langem wieder eine Drug Checking-Projekt aufgebaut wird.

*7. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen auch europaweit zu vertreten?*

Die Positionen der Partei DIE LINKE gelten auch für die Arbeit im EU-Parlament.

*8. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Partei und Europafraktion (bzw. Landesgruppe in Ihrer Fraktion) in der aktuellen Legislaturperiode auf der europäischen Ebene?*

Im Rahmen der FTA Verhandlungen mit Ekuador und [jüngst der ersten Überprüfung 5 Jahre FTA EU - Kolumbien und Peru](#) (16. Januar 2019) hat sich insbesondere Helmut Scholz (DIE LINKE) als Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel für eine dringend notwendige Substituierung der Drogen-Anbauflächen (Koka) und Unterstützung seitens der EU für Diversifizierung, insbesondere für die kolumbianische Wirtschaft nach dem Friedensabkommen, in den ländlichen Gebieten (inkl. Landreform) ausgesprochen. Der europäische Drogenmarkt/die Nachfrage nach Drogen zerstört wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen v.a. in den Koka-Erzeugungsländern, befördert Instabilität und Unterwanderung der Politik durch Drogen-Kartelle. Es gilt also, sowohl Produktion wie "Konsumtion" grundlegend zu

ändern. Bereits im November 2016 organisierte die GUE/NGL-Fraktion eine [Konferenz zur Möglichkeiten der medizinischen Anwendung von Cannabis](#).

*9. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion (bzw. Landesgruppe in der Fraktion) für die kommende Legislaturperiode?*

Nach unserer Einschätzung ist eine grundlegende Kehrtwende in der Cannabis-Politik in Deutschland nicht mehr weit. Zu groß ist der Reformdruck und zu offensichtlich das Versagen der derzeitigen Strategie. Wir werden diese Entwicklung in Bund und in der EU nach Kräften vorantreiben.

Im Februar nahm das EP am [13. Februar 2019 einen nicht-legislativen Bericht "zum Einsatz von Cannabis in der Medizin"](#) an, der ganz wesentlich auf eine Initiative der GUE/NGL bereits zu Beginn des Jahres 2018 zurückgeht. Der Bericht:

- Fordert die Kommission und die nationalen Behörden auf, zusammenzuarbeiten, um eine rechtliche Definition von medizinischem Cannabis zu liefern;
- Betont, dass die Kommission und die nationalen Behörden klar zwischen medizinischem Cannabis und anderen Cannabisanwendungen unterscheiden müssen;
- Unterstreicht, dass die Forschung zu medizinischem Cannabis unterfinanziert wurde und im Rahmen des nächsten Forschungsprogramms angemessen angegangen werden sollte;
- Fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die regulatorischen Hindernisse zu überwinden, die die wissenschaftliche Erforschung der Verwendung von Cannabis für medizinische Zwecke beeinträchtigen, und fordert sie auf, eine stärkere Verbreitung unter Ärzten zu fördern;
- Fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Bedingungen festzulegen, die erforderlich sind, um anerkenbare, unabhängige wissenschaftliche Forschung auf der Grundlage einer breiten Palette von Material über die Verwendung von Cannabis zu medizinischen Zwecken durchzuführen, um weitere Forschungstätigkeiten durchzuführen und Innovationen zu fördern in Bezug auf Projekte im Zusammenhang mit der Verwendung von Cannabis zu medizinischen Zwecken;
- Unterstreicht die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Weltgesundheitsorganisation im Zusammenhang mit weiteren EU-Schritten im Bereich des medizinischen Cannabis;
- Fordert die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um den gleichberechtigten Zugang zu Arzneimitteln auf Cannabis-Basis zu verbessern und sicherzustellen, dass Arzneimittel, die bei der Behandlung bestimmter Erkrankungen wirksam sind, ebenso wie andere Arzneimittel von den Krankenversicherungssystemen abgedeckt werden;
- Fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre einschlägigen Rechtsvorschriften über die Verwendung von Arzneimitteln auf Cannabis-Basis zu überdenken, wenn die wissenschaftliche Forschung beweist, dass der gleiche positive Effekt nicht durch den Einsatz gewöhnlicher Arzneimittel erzielt werden kann, die nicht süchtig machen;
- Fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Erforschung und Verwendung von medizinischem Cannabis in der Union in keiner Weise kriminelle Drogenetze begünstigt oder zu deren Erweiterung führt;

· Betont, dass die strikte Suchtprävention von Minderjährigen und schutzbedürftigen Gruppen immer Bestandteil jedes ordnungspolitischen Rahmens sein muss.

*10. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Als erstes europäisches Land kündigte die neue Koalition in Luxemburg eine Legalisierung an. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?*

DIE LINKE wird sich konstruktiv in alle Pläne einbringen, die im Vergleich zum Status quo einen deutlichen Fortschritt für die Konsumierenden und die Gesellschaft mit sich bringen. Wir ziehen einen legalen, nichtkommerziellen Zugang zu Cannabis vor. Denn auch wenn Cannabis-Geschäfte streng kontrolliert werden – wenn Menschen an dem Konsum von anderen Menschen verdienen und ein Eigeninteresse an Umsatzausweitung haben, werden Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage in Gang gesetzt. Ähnliches gilt für Werbung. Das ist für Cannabis und andere Drogen grundsätzlich problematisch und führt schon beim Alkohol und Tabak zu großen Problemen. Der Eigenanbau und der nicht gewinnorientierte und genossenschaftlich organisierte Anbau in Social Clubs setzen dagegen auf Selbstverwaltung und soziale Kontrolle. Niemand hat da ein Eigeninteresse, die Qualität zugunsten der Effizienz abzusenken, unseriöse Marketingversprechen abzugeben oder den Jugendschutz zu umgehen. Hier unterscheiden wir uns deutlich von anderen Parteien, für die die Legalisierung von Cannabis vor allem ein neues Geschäftsmodell ist.